

AntragstellerIn:

Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Der Studierendenrat möge beschließen, in die Präambel der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg einen neuen Absatz eins einzufügen:*

Von 1977 bis 2012 waren die Studierendenvertretungen durch die CDU-geführten Regierungen des Landes Baden-Württemberg mundtot gemacht und gegängelt worden. Unzählige Engagierte versuchten in den unabhängigen Studierendenvertretungen, trotz dieser widrigen Bedingungen, den Anliegen der Studierenden Gehör in Hochschule und Gesellschaft zu verschaffen.

Im Bewusstsein der damaligen Zustände sind die Studierenden der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg aufgefordert, für ihre Belange einzutreten, an der politischen Willensbildung mitzuwirken und sich für die Durchsetzung der Demokratie einzusetzen.

Zentrales Mittel dafür ist die Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg samt ihrer Organe, die ausschließlich den Interessen der Studierenden verpflichtet ist.

Die Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg setzt sich entsprechend ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung für die Belange der Studierenden, die freie Entfaltung des Individuums, Gleichstellung, interkulturelle Verständigung, die Pflege der Beziehung zu Studierendenorganisationen im In- und Ausland sowie die Anwendung von Forschungsergebnissen ausschließlich zu friedlichen Zwecken ein. Sie wendet sich gegen Diskriminierung. Außerdem bekennen wir uns zur Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Begründung:

Die Präambel der Studierendenvertretung wurde nun um die Menschenwürde erweitert, damit enthält sie alle wichtigen Bereiche, die Studierenden der Universität betreffen.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).